DIENSTAG, 31. DEZEMBER 2013

Strassenverkehr Wo und wie lange die Polizei bei den neuen Regeln ein Auge zudrückt. Region Seite 17 **Glücksbringerinnen** Patrizia Alther sorgt mit ihrer Frauencrew in Diessenhofen für saubere Kamine. Diessenhofen Seite 19

Region 15

Der Kampf gegen die roten Zahlen

Die Millionendefizite in der Staatsrechnung des Kantons Schaffhausen, die auch für die kommenden Jahre absehbar sind, bestimmten 2013 die politische Diskussion.

VON **ERWIN KÜNZI**



Er setzte zwar nicht gerade zur Landung an, aber der Pleitegeier war im zu Ende gehenden Jahr immer deutlicher am Schaffhau-

ser Finanzhimmel zu sehen. Damit er nicht noch näher kommt, wurden verschiedene Abwehrmassnahmen installiert, die fast alle mit Sparen zu tun hatten. Bereits Mitte 2012 hatte die Regierung angesichts wegbrechender Erträge das Sparprogramm ESH3 präsentiert, das die Staatsrechnung um rund 25 Millionen Franken entlasten sollte. Einzelne Sparvorschläge sorgten bereits im Vorfeld der Debatte im Kantonsrat vor allem in den Leserbriefspalten dieser Zeitung für grosse Diskussionen. Am 18. Februar konnte sich das Parlament zum ersten Mal zu ESH3 äussern. Die einen bezeichneten es als «Flickenteppich» und «beispiellosen Kahlschlag», den anderen ging es zu wenig weit, da es keinen Lohnstopp beim Personal enthielt. Gestritten wurde auch darum, ob es Steuererhöhungen brauche oder nicht. Als sich nach den Beratungen der Pulverdampf verzogen hatte, blieben noch Einsparungen in Höhe von 22,4 Millionen Franken, über zwei Massnahmen musste das Volk entscheiden (siehe Kasten auf dieser Seite).

Die ganz schweren Geschütze Wer jetzt glaubte, das Schlimmste

sei überstanden, der irrte sich, und zwar gewaltig: Noch bevor im Juli definitiv über ESH3 entschieden wurde, hatte die Regierung im März die Rechnung für 2012 präsentiert, die mit einem Defizit von fast 30 Millionen Franken tiefrote Zahlen aufwies. Da der Pleitegeier zum Landeanflug anzusetzen schien, liess die Finanzdirektorin Rosmarie Widmer Gysel am 24. Juni bei der Behandlung der Rechnung 2012 im Kantonsrat durchblicken, man wolle



Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel verbrachte fast ihr ganzes Präsidialjahr mit dem Kampf gegen rote Zahlen, aktuelle und drohende, im Staatshaushalt.

die ganz schweren Geschütze in Position bringen. Das veranlasste den SN-Kommentator zu titeln: «Höhere Steuern werden zum Thema».

Ende der Steuersenkungspolitik

Am 3. September war es dann so weit: Die Regierung kündigte ein weiteres Sparprogramm an, das bis 2017 eine Entlastung von 40 Millionen Franken bringen sollte, finanziert je zur Hälfte durch Steuererhöhungen um 6 Punkte bereits ab 2014 sowie durch Leistungskürzungen. Damit verliess die Regierung ihre Steuersenkungspolitik, die 2001 begonnen hatte. Um herauszufinden, wo genau gekürzt werden soll, schlug die Regierung eine Studie durch das Institut BAK Basel vor und beantragte dafür dem Kantonsrat einen Kredit von 400000 Franken, der am 23. September nach einer längeren und heftig geführten Diskussion auch bewilligt wurde.

Die Steuerpläne der Regierung hatten bei den Bürgerlichen zu einem Aufschrei der Empörung geführt. Die Industrie- & Wirtschafts-Vereinigung Schaffhausen (IVS) warf der Regierung

vor, sie setze mit diesem Schritt die Existenz des Kantons aufs Spiel. Die Regierung knickte daraufhin prompt ein: Am 7. November kündigte sie an, sie wolle mit dem Budget 2014 die Steuern für Privatpersonen nur um 3 Punkte und für Firmen überhaupt nicht erhöhen. Doch das brachte auch nichts

mehr, um die Steuererhöhung zu retten: In der Budgetsitzung vom 18. November, die sich bis tief in die Nacht hineinzog, stimmte der Kantonsrat dem Budget 2014, das ein Defizit von 37,8 Millionen Franken, aber keine Steuererhöhung enthielt, mit 30 zu 23 Stimmen zu. Fortsetzung folgt.

Sparvorlagen Das Volk will an der Urne nichts von einer Reduktion des Kirchenbeitrags wissen

Sparen war 2013 das grosse Thema im Kanton. Das Volk konnte nur einmal in diese Diskussion eingreifen: Am 24. November wurde über die Kürzung der Kirchenbeiträge, bei gleichzeitiger Streichung des Teuerungsausgleichs, und über die Beiträge an die kieferorthopädischen Behandlungen abgestimmt

In ihrem Sparpaket ESH3 hatte die Regierung den Beitrag an die Landeskirchen noch um eine Million Franken auf 3,1 Millionen Franken kürzen wollen. Nachdem sich die Kirchen im Vorfeld bereit erklärt hatten, jährliche Kürzungen von 400000 Franken zu akzeptieren, schwenkte der Kantonsrat auf diese Summe ein. Da er aber gleichzeitig den Teuerungsausgleich für diesen Betrag strich, erreichte die Vorlage eine zu kleine Mehrheit, so dass das Volk zum Zuge kam. Es sagte, nach einer intensiven Kampagne der Kirchen, zu 53,4 Prozent Nein.

Ebenfalls zu klein war die Mehrheit im Kantonsrat für die Streichung der 70 000 Franken an die kieferorthopädischen Behandlungen in der Schulzahnklinik gewesen. Hier betrug die Nein-Mehrheit 58 Prozent. (ek)

Stahlgiesserei: Nein als Folge des Spardrucks

Die Stahlgiesserei sollte saniert und daneben eine Sporthalle gebaut werden. Das Volk sagte dazu am 3. März Nein – wenigstens im Kanton.

Das Projekt bewegte Anfang Jahr in Schaffhausen die Gemüter: Im Mühlental sollte neben der Stahlgiesserei eine Halle für den Schul- und Vereinssport entstehen, die Veranstaltungshalle in der Stahlgiesserei sollte saniert und die beiden Bauten durch eine Querhalle verbunden werden. Kanton und Stadt Schaffhausen wollten sich auf 30 Jahre hinaus in der Sport- und der Querhalle einmieten, jährliche Zuschüsse an die Betriebskosten sowie einmalige Beiträge an die Ausrüstung der Sporthalle leisten; die Stadt wollte sich zudem für 10 Jahre als Teilmieter der Veranstaltungshalle verpflichten.

Über die entsprechenden Kredite musste das Volk im Kanton sowie in der Stadt Schaffhausen am 3. März abstimmen. Im Vorfeld bildete sich ein politisch breit abgestütztes Komitte, das für ein Ja zu den beiden Vorlagen warb. «Eine Halle für den Schul- und Vereinssport an einem solchen Ort – das ist einmalig», schwärmte Komiteepräsident Josef Eugster in den SN.

So schien das Vorhaben auf einem guten Weg zu sein, doch je näher der Abstimmungstermin rückte, je mehr meldeten sich auch kritische Stimmen. Zum einen wurde bemängelt, die Baukosten für die Sporthalle seien im vergleich mit ähnlichen Bauten in anderen Gemeinden zu hoch, zum anderen



Da das Volk Nein sagte, blieb die Sporthalle neben der Stahlgiesserei im Stadium der Visualisierung stecken.

wurde das Projekt von der Spardiskussion eingeholt (siehe auch Artikel auf dieser Seite): Konnte sich vor allem der Kanton diese Ausgaben bei der aktuellen finanzpolitischen Situation überhaupt leisten?

Nein, befand das Stimmvolk im Kanton - inklusive der Stadt - und lehnte die Kreditvorlage mit 51,2 Prozent der Stimmen ab, während es für die städtische Vorlage mit 50,7 Prozent ein Ja gab. Regierungsrat Reto Dubach zeigte sich vom Ausgang der Abstimmung enttäuscht und meinte, dass unter anderem die «Debatte um das kantonale Entlastungsprogramm ESH3, die derzeit die Menschen beschäftige», zu diesem Resultat beigetragen habe. Während damit die Sporthalle vom Tisch war, blieb das Schicksal der Veranstaltungshalle vorerst offen, ebenso wie die Verwendung der 3 Millionen Franken, die der Kanton aus dem Generationenfonds für die Veranstaltungshalle gesprochen hatte. Kurz vor Jahresende gaben Regierung und Bauherrschaft bekannt, wie es weitergehen soll (SN vom 24. Dezember). (ek)

Das Jahr 2013 im Kanton Eine Chronologie

1. Januar Rosmarie Widmer Gysel präsidiert 2013 den Regierungsrat; ihre Wahl ist am 14. Januar.
14. Januar Der Kantonsrat wählt Richard Bührer (SP, Thayngen) zu seinem Präsidenten für 2013.
21. Januar Der Kantonsrat heisst eine Standesinitiative gut. Diese hat das Ziel, dass die Kantone, auf deren Gebiet ein Endlager für radioaktive Abfälle eingerichtet werden soll, darüber abstimmen können.

18. Februar Im Kantonsrat beginnt die grosse Debatte um das Sparprogramm ESH3 der Regierung. Diverse Sparmassnahmen sind heftig umstritten.

3. März Das Schaffhauser Stimmvolk lehnt mit einer Nein-Mehrheit von 51,2 Prozent Kredite für eine Sporthalle und die Sanierung der Veranstaltungshalle Stahlgiesserei ab. Mit 67,7 Prozent Nein wird eine Steuersenkungs-Initiative der Jungfreisinnigen abgelehnt.

4. März In der Spardebatte des Kantonsrats werden Kürzungen bei der Musikschule ganz und bei den Kirchen teilweise abgelehnt.
25. März Mit einer Stimme Mehrheit wird im Kantonsrat die Erhöhung der Autosteuern abgelehnt.
6. Mai Der Kantonsrat erklärt die Reichtumssteuer-Initiative der AL wegen eines Formfehlers für ungültig.

13. Mai Der ehemalige Regierungsrat Erhard Meister stirbt nach einem Hirnschlag. Am 23. Mai findet unter grosser Anteilnahme der Bevölkerung in Merishausen die Trauerfeier statt.

24. Mai Nationalrat Hans-Jürg Fehr gibt seinen Rücktritt bekannt. Seine Nachfolgerin Martina Munz tritt ihr neues Amt zu Beginn der Herbstsession an. **24. Juni** Die Staatsrechnung 2012

mit einem Defizit von fast 30 Millionen Franken führt im Kantonsrat zu heftigen Diskussionen.

1. Juli Das Sparpaket ESH3 mit Einsparungen von 22,4 Millionen Franken wird vom Kantonsrat genehmigt.

det für 2014 eine Steuererhöhung von 6 Prozent sowie ein Sparpaket von 40 Millionen Franken an. 23. September Nachdem sich der Kantonsrat nicht auf ein neues Tourismusförderungsgesetz hat einigen können, wird die bestehende Regelung bis Ende 2015 verlängert. Zudem werden 400 000 Franken für eine Studie beschlossen, die weitere Einsparungen von 20 Millionen Franken im Staatshaushalt aufzeigen soll. 18. November Der Kantonsrat verabschiedet in einer Marathonsitzung das Budget 2014 mit einem

Defizit von knapp 40 Millionen

heit verhindert eine Steuer-

erhöhung.

Franken. Die bürgerliche Mehr-

24. November Das Stimmvolk kann zu zwei Punkten aus dem Sparprogramm ESH3 Stellung beziehen: Es lehnt sowohl die Reduktion des Kirchenbeitrags und die Streichung des Teuerungsausgleiches als auch die Streichung des Beitrags an kieferorthopädische Behandlungen ab.
25. November Die ÖBS gibt die Spaltung in einen grünen und einen grünliberalen Flügel bekannt.

9. Dezember An seiner letzten Sitzung des Jahres wählt der Kantonsrat Martin Kessler (FDP, Trasadingen) zu seinem Präsidenten für 2014. Regierungspräsident für 2014 wird Christian Amsler. *(ek)*